

Ayline Heller, Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)
Prekärer Zusammenhalt

Forum Psychosozial

Ayline Heller, Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Prekärer Zusammenhalt

Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland

Mit Beiträgen von Marc Allroggen, Laura Beckmann,
Hendrik Berth, Manfred Beutel, Elmar Brähler,
Johanna Brückner, Oliver Decker, Jörg M. Fegert,
Daniel Gloris, Ayline Heller, Johannes Kiess, Sören Kliem,
Yvonne Krieg, Dominic Kudlacek, Lars Rensmann,
Peter Schmidt, Silke Schmidt, Julia Schuler,
Yve Stöbel-Richter, Ana Nanette Tibubos, Wolf Wagner,
Stefan Weick, Hans-Jürgen Wirth, Andreas Witt,
Alexander Yendell, Markus Zenger
und Carolin-Theresa Ziemer

Psychozial-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2020 Psychosozial-Verlag, Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form

(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert

oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: Paul Klee, *In der Strömung sechs Schwellen*, 1929

Umschlaggestaltung und Innenlayout nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar

ISBN 978-3-8379-3050-4 (Print)

ISBN 978-3-8379-7733-2 (E-Book-PDF)

Inhalt

Vorwort 9

Teil 1 **Perspektiven aus Ost- und Westdeutschland**

Die Mauer in den Köpfen 19
Die Einheitsmentalität in Ost und West in den letzten 30 Jahren
Ayline Heller, Ana Tibubos, Manfred Beutel & Elmar Brähler

30 Jahre Wiedervereinigung 57
Ein neuer Blick auf Ost und West
Wolf Wagner, Ayline Heller, Hendrik Berth & Elmar Brähler

Bedingungen außerfamiliärer Kleinkindbetreuung in der DDR 79
Gibt es fassbare Einflüsse im Erwachsenenalter?
Ergebnisse einer Untersuchung
Johanna Brückner, Silke Schmidt, Elmar Brähler & Oliver Decker

Wer sind die BefürworterInnen von PEGIDA? 101
Eine Analyse von Daten der *Sächsischen Längsschnittstudie*
Hendrik Berth, Markus Zenger, Yve Stöbel-Richter & Elmar Brähler

Vom Kulturschock zum Gesellschaftsmodell 115
Erklärungsmodelle zum Verhältnis Ost-West
nach der Wiedervereinigung Deutschlands
Wolf Wagner

Teil 2

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus

Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? 151

*Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung –
Leipziger Form (FR-LF)
Ayline Heller, Elmar Brähler & Oliver Decker*

Vorurteile und vorurteilsgeleitete Straftaten 173

*Ergebnisse der REX-Studie aus Schleswig-Holstein, 2018
Sören Kliem, Laura Beckmann, Dominic Kudlacek & Yvonne Krieg*

Kontakte und Bedrohungswahrnehmung als Determinanten der Einstellung zu Migranten 189

*Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderern
von 1980 bis 2016
Peter Schmidt & Stefan Weick*

Wann wirken Kontakte zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft? 207

*Längsschnittdaten zu Erfahrungen mit Kontakten
und zur Bewertung von Flüchtlingen und Muslimen
durch die deutsche Bevölkerung
Peter Schmidt, Stefan Weick & Daniel Gloris*

Antisemitismus in Baden-Württemberg 221

Carolin-Theresa Ziemer, Oliver Decker & Elmar Brähler

Teil 3

Parteipräferenz und demokratischer Zusammenhalt

Verbreitung antidemokratischer Einstellungen und Parteipräferenz 247

Julia Schuler, Johannes Kiess, Oliver Decker & Elmar Brähler

AfD und Grüne: Konträre Welt- und Menschenbilder	273
Empirische Daten und sozialpsychologische Interpretationen	
<i>Hans-Jürgen Wirth</i>	

Die Mobilisierung des Ressentiments	309
Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD	
<i>Lars Rensmann</i>	

Anhang

Die Parteien und das Wählerherz 2018	345
<i>Alexander Yendell, Elmar Brähler, Andreas Witt, Jörg M. Fegert, Marc Allroggen & Oliver Decker</i>	

Vorwort

Die Demokratie steht unter Druck. Einerseits gibt es seit dem Ende der Systemkonfrontation keine andere Gesellschaftsform mehr, die eine derart hohe Akzeptanz erfährt. Selbst autokratische Systeme können auf Elemente demokratischer Legitimation nicht verzichten: In Russland wird die Duma gewählt, in China tagt der Volkskongress oder in Ungarn das Parlament, auch wenn gleichzeitig wesentliche Elemente wie Presse- und Versammlungsfreiheit, eine unabhängige Justiz oder Schutzrechte der Bürger_innen¹ eingeschränkt werden. Andererseits zeigt sich nicht nur in diesen Ländern, sondern auch in Deutschland, dass mit den Mitteln demokratischer Verfahren auch anti-demokratische Parteien und Bewegungen sehr erfolgreich sein können und mit ihren autoritären Ressentiments die Debatten der Politik mitbestimmen.

Auch wenn die Krisendiagnostik der Demokratie eine lange Tradition hat und für die Gegenwart sehr unterschiedliche Befunde vorliegen – eines lässt sich für die letzte Dekade feststellen: Soziale und kulturelle Ungleichheiten führen weltweit zu gesellschaftlichen Spaltungsprozessen, es kommt zu einer wachsenden Polarisierung der Gesellschaften und Radikalisierung der extrem rechten Milieus. Die Gefahr, die von rechtsextremen Parteien und Bewegungen ausgeht, kann nur dann richtig eingeschätzt werden, wenn berücksichtigt wird, dass schon lange anti-demokratische und rechtsextreme Positionen auch in der »Mitte der Gesellschaft« zu finden sind. Deshalb können rechtsextreme Parteien, wie die Alternative für Deutschland, Rassemblement National in Frankreich oder Fidesz in Ungarn vielerorts Erfolge feiern, und erstarkende autoritäre Tendenzen stellen die liberale und pluralistische Grundlage der Gesellschaftsordnung grundlegend infrage.

1 Wir bemühen uns in diesem Sammelband um eine geschlechtergerechte Sprache. Die konkrete Umsetzung wurde den einzelnen Beiträger_innen überlassen.

Die Fragilität des demokratischen Zusammenhaltes tritt in Deutschland auf eine besondere Weise zutage; die Zeit des Nationalsozialismus und die anschließende Teilung Deutschlands wirken bis heute nach. Historische Kontinuitäten und Bruchlinien werden in aktuellen Debatten wie der um die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland deutlich und drohen in Slogans wie »Vollende die Wende!« oder »Wende 2.0« anti-demokratisch aufgegriffen und umgemünzt zu werden. Sachliche politische Auseinandersetzungen, die auf demokratischen Kompromiss aus sind, müssen so nicht selten hoch emotionalisierten Diskussionen weichen, und rationale Argumentationslinien werden zugunsten einer ideologisch aufgeladenen Identitätspolitik verlassen. Darin liegt die Gefahr, dass Zusammenhalt völkisch umgedeutet und Gruppenzugehörigkeit nicht demokratisch, sondern qua Geburt oder Herkunft definiert wird.

In Form von Fake-News, Hasspostings bis hin zu gewalttätigen Übergriffen gegen Geflüchtete und soziale Minderheiten wird eine der fundamentalen Voraussetzungen der Demokratie infrage gestellt: die Anerkennung gesellschaftlicher Pluralität, wie sie sich in verschiedenen Lebensweisen, Hintergründen und Ansichten äußert. Um einen demokratischen Zusammenhalt in Deutschland zu stärken, der eben diese Diversität für sich nutzbar macht, ist es notwendig, soziale Ausgrenzungsprozesse und deren Äußerungsformen in Vorurteilen und Ressentiments zu analysieren, miteinander in Beziehung zu setzen und historisch adäquat einzuordnen.

Ein Hauptanliegen des vorliegenden Bandes stellt daher eine Analyse anti-demokratischer Tendenzen in Deutschland vor dem Hintergrund des deutsch-deutschen Annäherungsprozesses dar. Auch wenn sich drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit Anzeichen eines wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühls der Bewohner_innen der beiden deutschen Gebiete abzeichnen, sind die Gefahren für den demokratischen Zusammenhalt nach wie vor virulent und nehmen in den beiden deutschen Teilen unterschiedliche Ausprägungen an. Der erste Teil des Buches beschäftigt sich daher mit dem demokratischen Zusammenhalt, wie er sich in den alten und neuen Bundesländern ausdrückt und setzt ihn in Verbindung mit den historischen Ereignissen seit der deutschen Teilung.

Heller, Tibubos, Beutel und Brähler geben in ihrem Artikel über die Einheitsmentalität in Ost- und Westdeutschland einen Überblick über die Einstellungen zur Wiedervereinigung der beiden Bevölkerungsteile im Zeitverlauf der letzten dreißig Jahre. Ein Schwerpunkt wird dabei auf verschiedene Geburtenjahrgänge gelegt, um zu zeigen, wie das Heranwach-

sen einer neuen Generation ohne Teilungserfahrung die Ansichten auf die deutsche Einheit verändert hat. Ein wachsender demokratischer Zusammenhalt zeichnet sich ab; mit zeitlichem Abstand zur Wiedervereinigung und besonders in den jungen Geburtskohorten wird der je andere Teil Deutschlands als weniger fremd und die Wiedervereinigung insgesamt als positiver bewertet. Nichtsdestotrotz sind die Unterschiede in den Wahrnehmungen des Vereinigungsprozesses in der ost- im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung nach wie vor groß und es bleibt die Gefahr einer nationalistischen Umdeutung des beobachteten Zusammengehörigkeitsgefühls.

Wagner, Heller, Berth und Brähler legen den Fokus auf zeitlich andauernde Effekte der DDR-Vergangenheit, die in der heutigen Gesellschaft nachwirken. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Gruppe derer gerichtet, die ihren Wohnsitz schon einmal vom einen Teil Deutschlands in den jeweils anderen verlegt haben. Dieses Phänomen der Binnenmigration wird genutzt, um »Erbschaften« der DDR zu untersuchen. Während sich die Ost-West-Migrant_innen in der Einkommensverteilung an den Westen angepasst haben, befinden sie sich bei den untersuchten Einstellungsdimensionen in einer mittleren Position. Sie liegen mit ihren Ansichten zu Rollenbildern, Selbstbestimmung der Frau, Gerechtigkeitsempfinden aber auch zu Demokratiefindlichkeit, Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit genau zwischen den beiden Gruppen ohne Binnenmigrationserfahrung. Auch diejenigen, die vom Westen in den Osten gezogen sind, zeichnen sich durch eine besondere Stellung aus. Sie stehen in ihren Einstellungen denen, die im Osten aufgewachsen und dort geblieben sind, diametral entgegen.

Eine Untersuchung von *Brückner, Schmidt, Brähler und Decker* beschäftigt sich mit einem anderen Erbe der DDR-Vergangenheit; sie untersuchten die Gruppe derer, die während der Zeit der DDR in Tages- oder Wochenkrippen untergebracht waren. Es wird ein Überblick über die Krippensituation in der DDR gegeben, die parallel zum Westen noch lange von einem autoritären Erziehungsideal geprägt war. In einer empirischen Studie mit Studierenden, die zu einer der letzten Generationen gehörten, welche in der DDR in Krippen betreut worden waren, konnten sie zeigen, dass ehemalige Krippenkinder auf allen betrachteten Rechtsextremismus-Skalen (mit Ausnahme der des Antisemitismus) höhere Werte aufwiesen als Studierende aus Ost und West, die keine Krippe besuchten. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren der DDR über die Hälfte der

Kinder in Krippen untergebracht war, verleiht diesem Ergebnis zusätzliche Brisanz.

Berth, Zenger, Stöbel-Richter und Brähler beschäftigen sich mit einem aktuellen Phänomen, welches verstärkt in den neuen Bundesländern Zustimmung findet. Anhand von Daten der *Sächsischen Längsschnittstudie* aus den Jahren 2015, 2016 und 2017/18 wird die Befürwortung der anti-demokratischen Bewegung PEGIDA untersucht. Neben soziodemografischen Unterschieden, wie männlichem Geschlecht, niedriger Bildung und geringerem Einkommen, ging die Zustimmung für PEGIDA u. a. einher mit einer erhöhten individuellen Wahrnehmung als Ostdeutsche_r, einer erhöhten Unzufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik und der Flüchtlingspolitik sowie einer wahrgenommenen Bedrohung durch die nach Deutschland kommenden Geflüchteten. Es ist somit davon auszugehen, dass von dieser Personengruppe ein erhöhtes anti-demokratisches Potenzial ausgeht.

Diese empirischen Beiträge machen die anhaltenden Einstellungsunterschiede zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung deutlich und zeigen Kontinuitäten sowie Bruchlinien seit der Vereinigung Deutschlands auf. Es bleibt jedoch die Frage, wie sich diese Unterschiede theoretisch einordnen lassen. Der Beitrag von *Wagner* rundet den ersten Teil des Buches ab und versucht sich an einer solchen Erklärung der Entwicklungen nach der Wende, die insbesondere das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland in den Blick nimmt. Anhand eines historischen Vergleichs mit anderen nationalen Vereinigungsprozessen und unter Bezugnahme auf Theorien von Nobert Elias und Pierre Bourdieu argumentiert der Autor, dass die Wiedervereinigung für Ostdeutschland weniger als »Kulturschock« interpretiert werden sollte. Er stellt vielmehr die Aufstiegsblockaden in den Vordergrund, die bei den Bürger_innen der ehemaligen DDR zu wahrgenommenen Formen von Ausschluss und Benachteiligung geführt haben und anhaltende Differenzen in Einstellungen und Wahrnehmungen (mit-)erklären können.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen widmet sich der zweite Teil des Buches einer Bestandsaufnahme der verschiedenen Ausprägungen, in denen sich anti-demokratische Tendenzen in der Bundesrepublik äußern: Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Gleichheitsgrundsatz, wie er in jeder demokratisch verfassten Gesellschaft zu finden ist, wird in diesen Ressentiments über eine Aufwertung der Eigengruppe qua Abwertung einer Fremdgruppe infrage gestellt. Nur wenn sich die unterschiedlichen sozialen Gruppierungen als gleichwertig

gegenüberstehen, können jedoch Andersartigkeit akzeptiert und Pluralität gefördert werden.

Der Beitrag von *Heller, Decker und Brähler* untersucht die unterschiedlichen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen, indem ein prominenter Fragebogen einer psychometrischen Analyse unterzogen wird. Die aus der Theorie abgeleiteten sechs Facetten – *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus* und *Verharmlosung des Nationalsozialismus* – können anhand der Daten bestätigt werden und lassen sich auf einen gemeinsamen, zugrundeliegenden Faktor zurückführen. Damit zeigt sich der Fragebogen als geeignetes Erhebungsinstrument für diese Dimensionen rechtsextremer Einstellungen.

Welches Verhältnis zwischen rechtsextremen Einstellungen einerseits und tatsächlichen Gewalthandlungen andererseits besteht, wird in der Studie von *Kliem, Beckmann, Kudlacek und Krieg* untersucht. Anhand der Daten einer repräsentativen Schüler_innenbefragung in Schleswig-Holstein können die Autor_innen zeigen, dass ein starker Zusammenhang zwischen gruppenbezogenen Vorurteilen und entsprechenden Handlungen und Straftaten gegen diese Gruppen besteht. Die Schule als prägende Sozialisationsinstanz wird dabei in die Pflicht genommen, sich stärker für die Vermittlung demokratischer Grundwerte einzusetzen.

Weitere Möglichkeiten zum Abbau anti-demokratischer Einstellungen werden in Beiträgen von *Schmidt und Weick* sowie von *Schmidt, Weick und Gloris* aufgezeigt. Ersterer beschäftigt sich mit der Entwicklung von Vorbehalten gegen Zuwanderung in Ost- und Westdeutschland seit 1990. Die Autoren stellen fest, dass es zu einer deutlichen Abnahme von Vorurteilen gekommen ist – positive Kontakte und Interaktionserfahrungen zwischen Migrant_innen und Einheimischen werden als fördernde Faktoren zum Abbau von Vorbehalten identifiziert. Im zweiten Beitrag gehen *Schmidt, Weick und Gloris* sodann mithilfe längsschnittlicher Analysen auf die Wirkungsrichtung von Intergruppenkontakten ein. Die Qualität der Kontakterfahrungen stellt sich dabei als substanziell heraus. Mit ähnlicher Effektstärke führen positive Kontakterfahrungen zu einem Abbau von Vorurteilen während negative Erfahrungen zu einer Zunahme derselben führen. Gleichzeitig können bestehende Vorurteile Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Kontakte als positiv oder negativ haben.

Ein weiterer zentraler Bestandteil anti-demokratischer und rechtsextremer Einstellungsaspekte sind die verschiedenen Dimensionen antisemi-

tischer Ressentiments. Diese werden im Beitrag von *Ziemer, Decker und Brähler* theoretisch hergeleitet und anhand von Befunden aus verschiedenen repräsentativen Umfragen untersucht, die deutschlandweit sowie im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg durchgeführt wurden. Zwar zeigt sich ein genereller Rückgang in der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen. Dieser unterliegt jedoch jahresspezifischen Schwankungen und steht einer Zunahme tatsächlicher antisemitischer Gewalttaten gegenüber. Dies kann als Anzeichen für die Herausbildung radikalisierter, gewaltbereiter Milieus einerseits sowie für eine weite Verbreitung antisemitischer Ressentiments in der demokratischen Mehrheitsgesellschaft andererseits gewertet werden.

Demokratie in Deutschland stützt sich auf die Idee von Repräsentation: In demokratischen Wahlen wird das individuelle Entscheidungsrecht an Abgeordnete verschiedener Parteien delegiert, die niemals ganz die eigenen Positionen widerspiegeln. In den letzten Jahren hat sich die Parteienlandschaft in Deutschland stark gewandelt; die rechtspopulistische, völkisch-nationale Alternative für Deutschland (AfD) konnte vielerorts rasante Gewinne verbuchen, während die klassischen Volksparteien SPD und CDU ihre Basis zu verlieren drohen. Welche Rolle diese Entwicklungen für den demokratischen Zusammenhalt in Deutschland haben, wird im letzten Teil des Bandes untersucht.

Der Beitrag von *Schuler, Kiess, Decker und Brähler* untersucht die Einstellungen der Wählerschaft der AfD und kommt zu dem Schluss, dass demokratiefeindliche, rechtsextreme Einstellungen dort besonders häufig vertreten sind. Befürworter_innen anti-demokratischer Positionen finden in dieser Partei eine parlamentarische Repräsentanz und könnten sich somit in ihren Ansichten bestätigt und legitimiert fühlen. Vor dem Hintergrund zunehmender rechter, politisch motivierter Kriminalität sind diese Entwicklungen alarmierend.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Beitrag von *Wirth*, der die Wählerschaft der AfD und die der Grünen gegenüberstellt und feststellt, dass sich Welt- und Menschenbilder dieser beiden Gruppen diametral gegenüberstehen. Um diese Analyse zu untermauern, werden die Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit sozialpsychologischen Interpretationen verknüpft und in den historischen Kontext des geteilten Nachkriegsdeutschlands eingebettet.

Der Aufsatz von *Rensmann* widmet sich schließlich einem Phänomen, das bisher im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs kaum thema-

tisiert wurde: dem Antisemitismus innerhalb der AfD. Eine Analyse der politischen Ideologie der AfD stellt diese in Zusammenhang zu bekannten Elementen rechtspopulistischer Ideologien. Die parteipolitische Mobilisierung anti-jüdischer Ressentiments wird den vorgeblichen philosemitischen und pro-israelischen Positionen innerhalb der Partei gegenübergestellt. Dabei werden die autoritär-nationalistischen Strömungen und deren Verknüpfung mit Verschwörungsdenken auch in deren Bezug zu aktuellen Krisensituationen offengelegt.

Zuletzt gibt der Beitrag von *Yendell, Brähler, Witt, Fegert, Allroggen und Decker* einen Überblick über den Zusammenhang der Wahlpräferenz mit zentralen soziodemographischen Variablen – wie *Nettoeinkommen, Arbeitslosigkeit, Geschlecht, Bildung und Konfession* – sowie Aussagen zu *Autoritarismus* und *Narzissmus*.

Die einzelnen Beiträge dieses Bandes machen deutlich, in welcher komplexen Gemengelage sich der Versuch eines demokratischen Miteinanders in Deutschland bewegt. In aktuellen Ereignissen, allen voran der Corona-Pandemie, aber auch in den Protesten nach dem gewaltsamen Tod George Floyds, treten gesellschaftliche Antinomien und Spaltungstendenzen besonders eindrücklich zutage. Die Demokratie in Deutschland sieht sich somit auch nach dreißig Jahren deutscher Einheit mit Herausforderungen konfrontiert, die es zu benennen gilt und mit denen ein adäquater Umgang gefunden werden muss.

*Ayline Heller, Oliver Decker und Elmar Brähler
Mainz, im August 2020*